

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/3334**

DGB Nord | Besenbinderhof 60 | 20097 Hamburg

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Wirtschaftsausschuss  
Herrn Vorsitzenden Christopher Vogt, MdL  
wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

**Stellungnahme des DGB zum Bericht der Landesregierung zur Realisierung der westlichen Elbquerung der A20 durch eine staatliche Infrastrukturgesellschaft (Drucksache 18/1809)**

17. September 2014

**Sehr geehrter Herr Vogt,  
sehr geehrte Damen und Herren,**

der Wirtschaftsausschuss des Landtages von Schleswig-Holstein hat den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zu einer Stellungnahme zum Bericht der Landesregierung zur Realisierung der westlichen Elbquerung der A20 durch eine staatliche Infrastrukturgesellschaft (Drucksache 18/1809) aufgefordert. Dieser Aufforderung kommt der DGB hiermit gerne nach.

**Uwe Polkaehn**  
Vorsitzender  
DGB Bezirk Nord

uwe.polkaehn@dgb.de

Telefon: 0402858202  
Telefax: 0402858235

UP/KK

Besenbinderhof 60  
20097 Hamburg

nord.dgb.de

**Grundsätzliche Anmerkungen zur norddeutschen Verkehrspolitik**

Die Infrastruktur in Norddeutschland ist seit Jahrzehnten erheblich unterfinanziert. Kopfpauschalen oder Mautpläne sind keine geeigneten Mittel, um neue Finanzkraft gerecht zu erzeugen. Der DGB befürwortet grundsätzlich einen steuerfinanzierten Infrastrukturausbau.

In einer gemeinsamen Erklärung haben die Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein sowie der DGB Nord von Politik und Verwaltung am 18.11.2013 gefordert, entschlossen an der Zukunftsfähigkeit des norddeutschen Wirtschaftsstandortes zu arbeiten und die bestehende Verkehrsinfrastruktur zu sanieren. Für den DGB gilt bei allen Vorhaben, dass der Instandhaltung der Vorrang vor neuen Projekten und Trassen zu geben ist. Letztere sollten auf Lückenschlüsse und Knotenpunkte im Verkehrssystem konzentriert werden. Dem öffentlichen Güter- und Personenverkehr ist dabei ein besonderer Stellenwert einzuräumen.

In Bezug auf den Ausbau der A20 muss folglich das Ziel sein, den Anschluss der A20 an die A7 so schnell wie möglich sicher zu stellen. Der Anschluss der Küstenautobahn an die A7 ist von großer Bedeutung für die Leistungsfähigkeit des norddeutschen Autobahnnetzes und damit für Wirtschaftskraft, Wohlstand und Arbeitsplätze zwischen Ost- und Nordsee.

Gleichzeitig ist aber festzustellen, dass die Frage des Ausbaus der A20 westlich der A7 nicht das zentrale Thema des Berichtes ist. Vielmehr geht es darum, mit der „staatlichen

Infrastrukturgesellschaft“ ein Modell zu entwickeln und bundesrechtlich zu verankern, das auf andere Infrastrukturprojekte „eins zu eins“ übertragen werden kann. Deswegen betont der DGB unabhängig von der Frage der Realisierung der Elbquerung seine grundsätzliche Position: Infrastruktur ist steuerfinanziert auszubauen. Maut-Modelle werden ebenso abgelehnt wie die Realisierung im Rahmen von ÖPP-Projekten.

### **Zum „F-Modell“ bzw. zur Finanzierung des Ausbaus der A20 durch ein ÖPP-Projekt**

Der DGB teilt die im Bericht der Landesregierung zum Ausdruck kommende Skepsis gegenüber einer Realisierung der westlichen Elbquerung der A20 durch eine private Infrastrukturgesellschaft im Rahmen des sog. „F-Modells“. Private Gesellschaften unterliegen stets einer Renditeerwartung, die im Rahmen eines solchen Projektes erbracht werden muss und damit die Gesamtkosten steigert. Der DGB sieht sogenannte „ÖPP-Projekten“ zudem - aufgrund zahlreicher negativer Erfahrungen der öffentlichen Hand mit diesen Konstruktionen - grundsätzlich kritisch. Der DGB kann damit die Bedenken der Landesregierung gegen eine derartige Lösung gut nachvollziehen und bittet den Landtag, ebenfalls von einer derartigen Lösung abzusehen.

### **Zur Realisierung über eine staatliche Infrastrukturgesellschaft**

Gemäß dem Bericht wird alternativ zum „F-Modell“ aktuell die Realisierung der westlichen Elbquerung der A20 im Rahmen einer staatlichen Infrastrukturgesellschaft nach dänischem Vorbild geprüft. Die hierfür notwendige Gesellschaft müsste vom Bund gegründet werden, eine Finanzierung über Maut-Gebühren der Nutzerinnen und Nutzer wäre gleichzeitig nur auf Basis einer noch zu schaffenden bundesgesetzlichen Regelung möglich, die notwendigen Kredite der Gesellschaft sollen ebenfalls vom Bund und nicht vom Land garantiert werden.

Insgesamt wird aus dem Bericht deutlich, dass eine derartige Realisierung noch mit erheblichen Umsetzungsschwierigkeiten und zahlreichen offenen Fragen verbunden ist. Eine Realisierung ist damit zeitlich nicht absehbar. Die politischen Entscheidungen über die Realisierung und den Einsatz des angedachten Instruments liegen offenbar ausschließlich beim Bund.

Der Vorteil dieses Modells im Vergleich zum staatlich beauftragten Autobahnbau „klassischer Art“ besteht maximal in einer möglichen schnelleren Realisierung und in der Möglichkeit der Finanzierung eines Teils der Kosten aus zusätzlichen Mauteinnahmen.

Die Frage der schnelleren Realisierung ist angesichts der zahlreichen noch zu klärenden Punkte aber ein eher theoretisches und sehr unsicheres Argument.

Eine Maut-Finanzierung der Elbquerung zu Lasten aller Nutzerinnen und Nutzer –also potentiell auch der Pendlerinnen und Pendler- lehnt der DGB ab. Im Falle eines Verzichtes auf

eine Finanzierung über Maut-Einnahmen hält der DGB jedoch unterschiedliche Realisierungsformen und Umsetzungsmodelle wie z.B. eine staatliche Infrastrukturgesellschaft in öffentlicher Verantwortung für möglich.

### **Vorschlag für ein alternatives Vorgehen in der norddeutschen Verkehrspolitik**

Im Rahmen ihrer gemeinsamen Erklärung vom 18.11.2013 haben die Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein sowie der DGB Nord der Politik und Verwaltung Vorschläge für eine gemeinsame Verkehrspolitik der norddeutschen Bundesländer unterbreitet. Der DGB plädiert an den Landtag und die Landesregierung auf Basis dieser Vorschläge den politischen Schulterschluss mit den anderen norddeutschen Ländern zu suchen, um auf Bundesebene die notwendigen Finanzmittel einzuwerben. Die hohe bundesweite Bedeutung der norddeutschen Verkehrswege ist hierbei deutlich zu machen.

Der DGB bittet darum, seine Anmerkungen und Hinweise zu berücksichtigen.

Freundliche Grüße

A handwritten signature in black ink, reading 'Uwe Polkaehn'. The signature is written in a cursive style with a large, sweeping initial 'U'.

Uwe Polkaehn